

SBB heizen in Zügen weniger

Test im Zürcher S-Bahn-Netz

Zürich. Die SBB wollen eine Massnahme zur Steigerung der Energieeffizienz testen: Sie senken vorübergehend in einigen mit Flyern gekennzeichneten Wagen des Zürcher Verkehrsverbunds (ZVV) die Temperatur auf 20 Grad Celsius und wollen herausfinden, wie das bei den Fahrgästen ankommt. Aktuell sind die Wagen der S-Bahn im Winter auf 22 Grad eingestellt – zwei Grad mehr als von Energie Schweiz für das Wohnzimmer empfohlen wird, wie die SBB gestern mitteilten.

Um zu erfahren, ob die Reisenden auch mit einer leicht tieferen Temperatur komfortabel reisen, werden sie sowohl in den wärmeren als auch in den kälteren Wagen befragt. Sollte der Versuch positiv verlaufen, versprechen sich die SBB grössere Stromeinsparungen. Würde in allen über hundert Fahrzeugen der ersten Generation der Zürcher S-Bahn die Temperatur auf 20 Grad eingestellt, könnten laut SBB jährlich 1,6 Gigawattstunden eingespart werden – das entspricht etwa dem Stromverbrauch von 400 Haushalten. Wird die Temperatur bei allen S-Bahnen des ZVV gesenkt, könnten 3,7 Gigawattstunden eingespart werden. Das entspreche etwa dem Verbrauch einer 2200-Einwohner-Gemeinde. SDA

Freie Wohnungswahl einschränken

Neuer Vorschlag gegen Geschäftemacherei mit Flüchtlingen

Von Alex Reichmuth, Bern

Martina Bircher, Vizeamman und Sozialvorsteherin (SVP) in Aarburg (AG), hat ein Problem. In der Ortschaft mit 7800 Einwohnern etabliert sich zunehmend ein Geschäftsmodell mit Liegenschaften, an dem die Gemeinde keinen Gefallen findet: Alte Wohnhäuser oder Hotels werden von ihren Eigentümern so umgebaut, dass darin viele kleine Zimmer entstehen, die dann an Einzelpersonen vermietet werden. Die Zimmer sind meist ohne Toilette, ohne Bad und ohne Küche, und oft ist ihr Zustand mässig bis lausig. Dennoch verlangen die Vermieter für das Lotter-Angebot oft den stolzen Preis von 700 oder sogar 800 Franken im Monat.

Die Mieter sind überwiegend Sozialhilfebezügler – oft Menschen, die als Asylbewerber in die Schweiz gekommen sind. Und genau darin liegt der Grund, dass das Geschäft mit den überbeurteilten Mietzinsen funktioniert: Bei Fürsorgeabhängigen muss die Gemeinde die Kosten für deren Wohnraum übernehmen. Solange ein Mietzins nicht den Richtwert einer Gemeinde übersteigt, muss diese bezahlen. Auffallend oft

sind die Mietzinse genau so hoch, dass sie gerade noch übernommen werden müssen.

Gemeinde doppelt bestraft

Eine «goldene Nase» würden sich die Betreiber mit diesem Vorgehen verdienen, ärgert sich Gemeinderätin Martina Bircher. Die Steuerzahler von Aarburg hingegen würden gleich doppelt bestraft. Nebst den überbeurteilten Mietzinsen, die sie berappen müssten, siedelten sich vermehrt Sozialhilfebezügler in der Gemeinde an, vor allem anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene, von denen heute 86 Prozent von der Sozialhilfe leben. Damit nehme die Zahl der bedürftigen Bewohner zu, und die Belastung für das Gemeindebudget steige, was zu höheren Steuern führen könne.

Aarburg hat heute eine der höchsten Sozialhilfequoten im Kanton Aargau. Gemäss Bircher kämpfen auch andere Gemeinden im Bezirk Zofingen mit den

demografischen Folgen des Lockvogelwohnraums für ehemalige Asylanten. Wenn es nach ihr gehe, sagte Bircher in einem Beitrag der «Rundschau» von SRF, solle die Gemeinde Liegenschaften, die für die Abkassierermethode infrage kämen, kurzum «kaufen und abreißen». So könne man den Geschäftemachern die Grundlage entziehen. Sie sei sich bewusst, dass dieses Vorgehen als unsozial empfunden werden könne und es die Probleme letztlich nur verlagere, sagt Bircher zur BaZ. Sie finde aber, dass das Vorgehen zumindest für Gemeinden legitim sei, die bereits durch einen hohen Anteil an Sozialhilfebezügern belastet seien.

Nächstes Jahr tritt das revidierte Asylgesetz in Kraft, das 2016 vom Volk gutgeheissen wurde. Ziel ist es, die Asylverfahren zu beschleunigen. Martina Bircher befürchtet, dass die finanziellen Probleme mit dem Zuzug sozialhilfeabhängiger Personen aus dem Flüchtlingsbereich mit dem neuen Gesetz noch zunehmen. «Gelingt die Beschleunigung, bekommen viele Asylanten noch schneller ein Bleiberecht und können sich damit auch rascher eine eigene Wohnung suchen.» Gemeinden mit viel billigem Wohn-

raum würden so wohl für noch mehr Personen zuständig, die sich mangels Integration nicht selber versorgen könnten.

Anreiz, selbstständig zu werden

In einem Vorstoss, den Bircher heute als Parlamentarierin im Aargauer Grossen Rat einreicht, geht sie darum noch einen Schritt weiter. Heute haben anerkannte Flüchtlinge (Ausweis B) und vorläufig aufgenommene Flüchtlinge (Ausweis F) das Recht, ihren Wohnort innerhalb des Kantons, dem sie zugeteilt wurden, frei zu wählen. Diese freie Wahl solle man einschränken, schlägt Bircher vor – und zwar gezielt für jene Personen, die von Sozialhilfe abhängig seien.

Damit bekämen die Behörden ein Instrument in die Hand, die Belastung für Gemeinden mit hoher Fürsorgequote zu begrenzen. Zudem könne die Aussicht auf freie Wohnungswahl einen wirksamen Anreiz für Flüchtlinge bilden, rasch wirtschaftlich selbstständig zu werden. Da die immer höhere Belastung durch sozialhilfeabhängige Asylanten für viele Gemeinden ein Problem darstellt, dürfte dieser Vorschlag wohl schweizweit auf Interesse stossen.

Ein 3250 Kilometer langes Dossier

Verteidiger im Tamil-Tiger-Prozess in Bellinzona fordern Rückweisung der Anklage



Unterstützung für die Aktivisten. In Bellinzona demonstrierten rund 150 Tamilen gegen den Prozess. Foto Keystone

Bellinzona. Zum Auftakt des Tamil-Tiger-Prozesses vor dem Bundesstrafgericht in Bellinzona haben die Anwälte der 13 Angeklagten gestern eine grosse Zahl von Anträgen gestellt. Diese zielen darauf ab, die Anklage an die Bundesanwaltschaft (BA) zurückzuweisen. Die BA wirft den Angeklagten vor, Millionen in der Schweiz für den Kampf in Sri Lanka eingesammelt zu haben.

Würde man Seite an Seite des gesamten Anklagedossiers aneinanderreihen, ergäbe die Papierrolle eine Länge von 3250 Kilometern. Dieses Bild zeichnete Marcel Bosonet, der Verteidiger des Hauptverantwortlichen des World Tamil Coordinating Committee (WTCC). Es sei unmöglich, einen Gesamtüberblick zu haben. Mehrere Verteidiger beantragten, nicht auf die Anklage einzutreten und die Sache an die BA zurückzuweisen. Insbesondere, weil gegen den Hauptangeklagten auch in Sri Lanka ein Strafverfahren geführt werde. Es sei deshalb angezeigt, den Ausgang dieses Verfahrens abzuwarten, sagte Anwalt Olivier Peter.

Gemäss den Verteidigern begrenzt die 367 Seiten umfassende Anklageschrift den Sachverhalt nicht klar. Für die Angeklagten gehe nicht klar hervor, was ihnen vorgeworfen werde. Damit werde eine korrekte Verteidigung verunmöglicht. Zudem basiere die Anklage hinsichtlich der Ereignisse in Sri Lanka,

der Bewegung der Tamil Tigers und deren in der Schweiz aktiven Organisation auf allgemeinen Quellen. Die Anwälte kritisierten zudem die Zeugenbefragungen, die hinter verschlossenen Türen stattgefunden hätten. Ausserdem hätten zahlreiche Zeugen ausgesagt, dass sie sich von der Liberation Tigers of Tamil Eelam nicht bedroht gefühlt hätten. Hinsichtlich der Befragungen rügten die Anwälte weiter, dass die Anklagebehörde in Sri Lanka Befragungen durchgeführt habe, welchen sie aus der Ferne nur über Videoübertragung hätten folgen können.

Unabhängigkeitskrieg finanziert

Die Angeklagten sollen von in die Schweiz geflüchteten Tamilen mehr als 15 Millionen Franken eingesammelt haben, um die Tamil Tigers zu unterstützen. Die Opfer sollen vom WTCC, dazu gezwungen worden sein, Beiträge für die Finanzierung des Unabhängigkeitskrieges gegen die Singhalesen zu leisten. Unter den Angeklagten befindet sich der Chef des WTCC, dessen Stellvertreter, der Finanzverantwortliche und zahlreiche Personen, die die Gelder eintraben. Sie müssen sich wegen Betrugs, Falschbeurkundung, Geldwäscherei und Erpressung vor Gericht verantworten. Die Bundesanwaltschaft geht zudem von einer Beteiligung, beziehungsweise Unterstützung einer kriminellen Organisation aus. Im

Gegensatz zu den Terrororganisationen IS oder Al-Kaida wurden die Tamil Tigers in der Schweiz allerdings nie als eine solche eingestuft.

Die Staatsanwältin des Bundes, Juliette Noto, taxierte diese Einwendungen als verspätet und gegen den Grundsatz von Treu und Glauben. Sie seien erst jetzt, eineinhalb Jahre nach Einreichung der Anklage, erhoben worden. Zudem seien den Verteidigern alle Dokumente zur Verfügung gestanden. Die Verteidigung setze einmal mehr auf den Vorwurf des politischen Verfahrens und auf die Moral, ergänzte Juliette Noto. Sie erinnerte daran, dass Gewaltverbrechen oder terroristische Taten nicht gleichzustellen seien mit politische Aktionen. Ebenso verhalte es sich mit Wirtschaftsdelikten.

Im Verlauf des ersten Prozesstages versammelten sich unweit des Bundesstrafgerichts rund 150 Tamilen. Sie protestierten gegen den Prozess. Die Demonstranten führten Fahnen mit dem Emblem der Tamil Tigers mit – ein gelber Tiger auf rotem Hintergrund. Auch trugen sie Fotos von Kämpfern mit sich und skandierten, dass sie die Aktivisten ihres Heimatlandes unterstützen. Die Liberation Tigers of Tamil Eelam kämpfte von 1983 bis 2009 für die Unabhängigkeit von Sri Lanka. Im Mai 2009 wurden die Tamil Tigers von der sri-lankischen Regierungstruppen endgültig besiegt. SDA

Alain Berset trifft sich in Wien mit UNO- und OSZE-Vertretern

Bundespräsident bespricht Atomabkommen und Korea-Konflikt

Bern/Wien. Alain Berset hat gestern in Wien seinen ersten Auslandsbesuch als Bundespräsident begonnen. Zum Auftakt der zweitägigen Visite standen Treffen mit internationalen Organisationen auf dem Programm. Bundespräsident Berset kam unter anderem mit dem Generalsekretär der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), dem Schweizer Thomas Greminger, zusammen. Dabei habe Berset die anhaltende Bedeutung der OSZE als Plattform für Konfliktprävention betont, sagte sein Sprecher Peter Lauener gestern telefonisch aus Wien der Nachrichtenagentur SDA. Berset traf auch den OSZE-Verantwortlichen für Medienfreiheit, Harlem Désir.

Des Weiteren kam Alain Berset mit den Chefs der UNO in Wien und der

internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), Juri Fedotow und Yukiya Amano, zusammen. Das Gespräch mit Amano habe sich vor allem um die Umsetzung des Atomabkommens mit Iran und um das Atomwaffenprogramm von Nordkorea gedreht.

Treffen mit Bundeskanzler Kurz

Für heute Dienstag steht in Wien Berts Staatsbesuch auf dem Programm. Zum Auftakt wird der Bundespräsident dann mit militärischen Ehren durch seinen österreichischen Amtskollegen Alexander Van der Bellen begrüsst.

Berset wird auch den neuen Bundeskanzler Sebastian Kurz sowie die Gesundheitsministerin Beate Hartinger-Klein und Kulturminister Gernot Blümel treffen. SDA

Nachrichten

Schneider-Ammann mahnt Reformen an

Bern. Bundesrat Johann Schneider-Ammann hat sich zuversichtlich für Schweizer Firmen und die Wirtschaft insgesamt gezeigt. In einem Interview mit dem Blick von gestern sagte er, die Industrie erhole sich vom Frankschock und Touristen strömten wieder in die Schweiz. Für viele Unternehmer seien die vergangenen Jahre allerdings brutal gewesen. Doch wer gestärkt aus dem Schock hervorgegangen sei, könne nunmehr von der Konjunkturerholung in allen Märkten profitieren, sagte der Bundesrat. Schneider-Ammann warnte aber, dass das Land den Schwung für wichtige Reformen, weniger Bürokratie und neue Freihandelsabkommen nutzen müsse. SDA

Behindertenorganisation lehnt Billag-Initiative ab

Bern. Die Behindertenorganisation Agile.ch lehnt die No-Billag-Initiative, über die am 4. März abgestimmt wird, ab. Bei einem Ja sei das Recht von seh- und hörbehinderten Menschen auf Information, Kommunikation und Teilhabe am öffentlichen Leben bedroht. Wenn die SRG die Gebühren und die Rolle als Service public verliere, könne sie diesen Menschen den Zugang zu den Programmen nicht mehr garantieren, warnt Agile.ch in einer Mitteilung von gestern. Dieser Zugangsverlust verstösst gemäss Agile.ch gegen die UNO-Behindertenrechtskonvention, welche die Schweiz 2014 ratifiziert hat. SDA

AKW Mühleberg produzierte mehr Strom

Bern. Das AKW Mühleberg hat 2017 insgesamt 2998 Millionen Kilowattstunden (kw/h) Strom produziert. Das ist ein leichtes Plus von 34 Millionen kw/h gegenüber den Vorjahr. Der Berner Energiekonzern BKW, der das AKW betreibt, zeigte sich in einer Mitteilung zufrieden mit dem «sicheren und zuverlässigen Betrieb». SDA

Geldspielgesetz kommt wohl vors Volk

Bern. Das Volk wird sich voraussichtlich zum Geldspielgesetz äussern können. Drei Komitees, vornehmlich aus Jungparteien, haben 65000 Unterschriften für ein Referendum gesammelt. Der Widerstand gegen das Gesetz zeige, dass der jungen Generation die Internetfreiheit wichtig sei, teilen die Jungen Grünen mit. Das Geldspielgesetz ermöglicht die Blockierung von ausländischen Online-Geldspielen. SDA

Ex-PTT-Generaldirektor Trachsel gestorben

Bern. Rudolf Trachsel, der ehemalige Generaldirektor und Präsident der PTT, ist in seinem 91. Lebensjahr nach kurzer Krankheit verstorben. Der Berner verschied am 23. Dezember, wie in einer Todesanzeige in der Berner Zeitung steht. Mit ihm sei ein weit-sichtiger Wegbereiter der heutigen Telekommunikation der Schweiz gestorben, heisst es in einer weiteren Anzeige in der NZZ. SDA